

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 114 (2020)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Personenfreizügigkeit, für alle  
**Autor:** Hui, Matthias  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-913717>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 08.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Personen- freizügigkeit, für alle

Matthias Hui

Coronazeiten. Menschen kehren in ihre Heimat zurück, Menschen bleiben zuhause. Ausser Reisesüchtigen und globalisierten Existenzen. Und jenen, die gar nicht zuhause haben, wo sie in Sicherheit und Würde leben können.

Für Menschen, die wegmüssen, ist das Leben in Zeiten der Pandemie noch schwerer geworden. Grenzen, Fluchtwege, Aufnahmegesellschaften und Zukunftsaussichten sind noch stärker verbarrikiert als sonst schon.

Mit einem Osterappell forderten im April 2020 Zehntausende den Bundesrat auf, für die Evakuierung der desaströsen griechischen Camps und für die grosszügige Aufnahme von Geflüchteten Position zu beziehen. Der Aufruf fiel in eine Zeit halbleerer Flüchtlingszentren. Mit dem Appell wurde eine Kette zivilgesellschaftlicher Solidarität sichtbar: von Projekten zur Unterstützung der Geflüchteten auf den Inseln über Angebote für Evakuierungsflüge bis hin zu konkreten Empfangs- und Betreuungsstrukturen von Hilfsorganisationen, Städten und Kirchen. Es wäre alles da.

Aber die Behörden wollen nicht. Der Bundesrat und das Staatssekretariat für Migration SEM geloben zwar – seit Jahren –, die Lage vor Ort verbessern zu wollen. Mit grosser humanitärer Geste werden ein paar Dutzend minderjährige Geflüchtete aufgenommen, die aufgrund verwandtschaftlicher Beziehungen so oder so das Recht haben, hier zu sein. Ansonsten verschanzt man sich hinter einer Mauer der anonymen politischen Bürokratie. Dort kommt es zu keiner Konfrontation mit konkreten Menschen, auch nicht mit eigenen Gefühlen. Verantwortlich sei Griechenland, handeln müsste Europa gemeinsam, «Dublin» wolle man nicht untergraben. Damit wird die Abschottungs- und

Abschreckungspolitik gefestigt. Mit den immer schlimmeren Lebensbedingungen in den Lagern wird ein Exempel statuieret. Und wenn möglich werden die Geflüchteten mit Diplomatie und viel Geld schon weit vor den EU-Grenzen gestoppt: in der Türkei oder im Senegal, in den Folterlagern in Libyen oder an den Grenzen Bosniens. Wer es weiter schafft, wird im Stich gelassen. Auf dem Mittelmeer ist zivile Seerettung kaum mehr möglich. Im reichsten Land der Welt müssen Menschen aus Tibet oder Eritrea mit acht Franken pro Tag und einem Bett im Container eines Nothilfslagers über die Runden kommen. Bundesrat und SEM instrumentalisieren Geflüchtete zur Abschreckung anderer und halten uns, die von diesem Land Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit erwarten, zum Narren.

Deshalb ist es Zeit, in der Debatte die Perspektive umzudrehen: die Vision einer Welt offenhalten, in der alle Menschen zuhause sein können. Christliche Ethik, die der Radikalität ihres biblischen Bezugsrahmens gerecht werden will, kann nicht zulassen, dass die Freiheit von Menschen durch das Schicksal ihrer Herkunft beziehungsweise das Gefängnis ihrer Nationalität zerstört wird. Und dass das Recht, Rechte zu haben, nicht existiert für diejenigen, die am falschen Ort gestrandet sind, keine Staatsbürgerschaft oder nicht die richtigen Papiere vorweisen können. Die Migrationscharta hat vor fünf Jahren formuliert: «Das Recht auf freie Niederlassung – mit weltweiter Geltung – ist die Bedingung dafür, dass Migration auch für die Kleinen und Bedrohten in Würde geschehen kann.»

Wir brauchen eine Fortsetzung der Debatte über Personenfreizügigkeit: über ein offenes Grenzregime, das weder als Bedrohung der eigenen Privilegiertheit noch als reines Schmiermittel der europäischen Wirtschaft wirkt. Sondern über globale Bewegungsfreiheit als selbstverständlichen Ausdruck von Gerechtigkeit in einer Welt, die um ihr Überleben und um gutes Leben für alle ringt, auf der alle Menschen gleich an Rechten und Würde geboren werden, leben und sterben. Natürlich kann Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden müssen – etwa zu Coronazeiten. Aber dann ist es die Ausnahme, nicht die tödliche Regel. ●

○ Matthias Hui, \*1962, ist Co-Redaktionsleiter der *Neuen Wege*.